

Neu-Grevenbroicher Zeitung

Neu-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neu- und Grevenbroich

Neu-Grevenbroicher Zeitung

Die „Neu-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beilage das St. Antoniusblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 5.00. Geschäftsstelle: Neu-, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto Nr. 41800.



Anzeigen finden durch die Neu-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kauftüchtigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9 gepaltene Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neu- und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4 gepaltene Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 322

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Samstag, 9. Oktober 1920. (Dionysus)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neu-.

47. Jahrgang

Finanzelend.

Schluss in Brüssel. — Deutschland und Frankreich. — Aus dem Reichswirtschaftsrat.

Erstreckende Finanzlage des Reiches.

Berlin, 8. Okt. (Sig. Drahtber. der Rb.). Der Reichsrat erledigte in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag u. a. die Etats des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskasse. Ministerpräsident Dr. Brüning nahm das Wort zu folgenden Ausführungen über die Finanzlage:

Die gesamten Ausgaben betragen sich auf 79.5 Milliarden Mark. Von dem Gesamtbetrag von 91.5 Milliarden (einschließlich 15 Milliarden Wertschöpfungssteuern) sind ungedeckt 49 Milliarden Mark. Die Postenverwaltung rechnet mit einem Fehlbetrag von 2 Milliarden, die Eisenbahn von 16 Milliarden Mark. Der gesamte Fehlbetrag beträgt also 67 Milliarden Mark. Was eine solche Mehrausgabe bedeutet, erhellt aus der Erinnerung daran, daß der Reichshaushalt im letzten Friedensjahre mit 3.4 Milliarden Mark abschloß, und wir bereits Schwierigkeiten hatten bei einem Fehlbetrag von verhältnismäßig geringem Umfang, der 67 Millionen ausmachte, während es jetzt 67 000 Millionen sind. Für die Wiedergutmachung sind 23 Milliarden eingestellt, und eine ganze Reihe von Forderungen erscheinen noch bei anderen Verwaltungen. Die Wertschöpfungssteuern sind, wie bekannt, im einzelnen ausgesetzt, menschenwürdig. Woher sollen wir demnach noch die Mittel für andere Wiedergutmachungsforderungen nehmen? Unsere Finanzkraft kann unmöglich beides tragen. Wir leiden an einer Überorganisation. Der Etat für 1920 enthält allein 24 852 neue Beamtenstellen. Es wurde schon eine Entschärfung an die Reichsregierung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Ausgaben in dem dem Reichsrat vorgelegten Haushaltsplan für 1920 vermehren sich, wie erst jetzt festgestellt werden konnte, durch Steigerung der laufenden Aufwendungen für das Befehlshaus im Reichsland auf 91.5 Milliarden Mark. Ingedeckt hiervon sind 49.7 Milliarden Mark. Die gesamten Fehlbeträge unter Einfluß des Fehlbetrages für Post und Eisenbahn betragen 67.7 Milliarden Mark. Die Finanzlage des Reiches ist hiernach derart ernst, daß die Rücklichtslosigkeit der Einschränkung der Ausgaben nicht erst betont zu werden braucht. Vielmehr, so weit der Haushalt von den ungeordneten Forderungen des Friedensvertrages abhängt, ist es mehr als notwendig, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine starke Verminderung der Ausgaben einzuleiten zu lassen. Dazu bedarf es eines wirksamen Einflusses des Reichsfinanzministeriums auf die Gestaltung der Ausgaben, deren Bemessung nicht der Reichsrat die Mitte, dem Finanzminister Vollmacht zu erteilen, durch die die Durchführung strengster Sparmaßnahmen erreicht werden.

Für die Reichsregierung gab der Reichsfinanzminister Dr. Brüning die Erklärung ab, daß grundsätzlich über die in der Resolution vorgeordneten Wünsche im Reichskabinett bereits eine Einigung erzielt sei. Er hoffe, daß in wenigen Tagen bereits die Formulierung dieser grundsätzlichen Stellungnahme des Reichskabinetts erfolgen werde, und er sei alsbald dem Reichsrat vorlegen könne.

Die Brüsseler Konferenz.

Die mündlichen Berichte.

Brüssel, 7. Okt. Nach Eröffnung der heutigen Vollversammlung durch den Präsidenten Dr. Brüning, der die englische Delegation Lord Palmerston für die erste Kommission, die über die Staatsschulden zu beraten beauftragt war, mündlichen Bericht. Er verlas dabei den Text der Resolution. Hiernach ließ der Präsident über ihre einzelnen Punkte abstimmen. Es wurden keinerlei Änderungen vorgenommen und dadurch der Bericht der ersten Kommission einstimmig angenommen.

An zweiter Stelle erstattete Vizepräsident Dr. Brüning den Bericht über die Arbeiten der zweiten Kommission über Geld- und Währungsfragen. Auch hier wurde das gleiche Verfahren angewendet wie bei der Darlegung des ersten Berichtes. Auch die dritte und vierte Kommission konnten ihre Berichte durch die Vorstehenden der Delegationen Dr. Brüning und Dr. Brüning zur Genehmigung bringen. Diese Berichte wurden ebenfalls ohne Änderung angenommen.

Die Schlussfassung.

Brüssel, 8. Okt. Die Finanzkonferenz wurde heute mit einer kurzen Nachmittagsitzung geschlossen. Präsident Dr. Brüning verlas den Bericht, der über die Entschlüsse an den Völkerverbund erstattet werden soll. Aus diesem Bericht

verdient eine Zusammenfassung erwähnt zu werden, nach der die Gesamtschulden der von den am Kriege beteiligten europäischen Staaten aufgenommenen inneren Schulden zu Paris ungedeckt auf 155 Milliarden Dollar sich belaufen gegenüber 17 Milliarden Dollar im Jahre 1913. Die auswärtige Schuld, die ungefähr 11 Milliarden an die Vereinigten Staaten und ungefähr 1.75 Millionen Pfund Sterling an Großbritannien umfaßt, stellt die Schuldnerstaaten, so heißt es, vor ein sehr schwieriges Finanzproblem, weil sie zahlbar ist in einem Gelde, das weniger einverleitet ist als das der Schuldnerstaaten. Nach Verlesung des Berichtes dankte der Präsident Dr. Brüning den Teilnehmern der Konferenz. Er hob nochmals den freundschaftlichen Geist hervor, in dem die Verhandlungen verlaufen sind. Sodann sprach namens der Konferenz der belgische Ministerpräsident Delacroix dem Präsidenten Dr. Brüning und dem Völkerverbund seinen Dank für die Einberufung und Leitung dieser Verhandlungen aus.

Paris, 8. Okt. Havas meldet aus Brüssel, daß eine der Entschlüsse der Finanzkonferenz vorliegt, daß einzelne Länder, die sich wirtschaftlich nicht ohne äußere Hilfe wiederherstellen könnten, unterstützt werden sollen. In dieser Hinsicht erklärte der Völkerverbund der französischen Regierung, daß die Länder, die sich nicht selbst wiederherstellen können, auf die Unterstützung angewiesen sind. Es sei sicher, daß eines davon Österreich sei. Die französische Delegation zeigte besonderes Interesse für die Lage Österreichs, dessen schwere Lage sie sich nicht verhehle.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Berlin, 8. Okt. Dem französischen Vorkämpfer Laurent ist bei seiner Abreise nach Paris durch Minister Dr. Brüning eine Aufzeichnung übergeben worden, die den Vorschlag macht, in Form von Verhandlungen zwischen deutschen und französischen technischen Sachverständigen über die Frage der Wiedergutmachung und des Finanzproblems einzuleiten. Entgegen anderslautenden Meldungen ist bisher mit den Verhandlungen nicht begonnen worden. Von französischer Seite ist noch keine Mitteilung über eine etwaige Stellungnahme zu den deutschen Anfragen gemacht worden. Wenn von französischer Seite andere Vorschläge gemacht werden sollten, so werden diese geprüft werden. Auf deutscher Seite ist wiederholt betont worden, daß die Erörterungen zur Vorbereitung einer internationalen Konferenz dienen sollen, auf die Deutschland nach den Zusicherungen in Spa Anspruch hat.

Die Haltung Englands.

Paris, 8. Okt. Der „Temps“ bestätigt heute die Meldung des Echo de Paris, daß England der französischen Regierung gegenüber auf sehr feine Weise die Einberufung der Wiedergutmachungskonferenz gedankt habe. Das Blatt kann es sich nicht verhehlen, wieder Mißtrauen zu fassen. Es meint, der englische Vorschlag habe in Deutschland Veranlassung, auf etwaige Uneinigheiten der Verbündeten zu hoffen. Dafür wäre, unserer Meinung nach, die Unmöglichkeit Laurents in Paris nun gerade kein Beweis.

Gegen eine weitere Bemerkung des „Temps“ muß man sich noch wenden. Er meint, wenn die deutsche Regierung an dem Wiederaufbau in Nordfrankreich mitarbeiten wolle, dann müsse sie auch für die deutsche Industrie und die deutschen Arbeiter herauszukommen. Was wäre daran Auffälliges? Denn es ist doch anzunehmen, daß für den Wiederaufbau in Nordfrankreich von Deutschland nur die Produkte bezogen würden, die Frankreich selbst nicht herstellen kann. Dem Temps ist aber auch sicher bekannt, daß die französische Regierung durch ihre Wiedergutmachungsminister, wie Poincaré jüngst mitgeteilt hat, der deutschen Regierung eine Liste von Materialien hat überreichen lassen, die sie von Deutschland für den Wiederaufbau zu beziehen wünscht.

Das Journal des Debats spricht die Hoffnung aus, die beginnenden Verhandlungen würden es gestatten, ein annehmbares System für die Wiedergutmachung auszuarbeiten.

Reichswirtschaftsrat.

Die Sozialisierung.

Berlin, 8. Okt. Unter dem Vorsitz des Direktors Dr. Brüning trat heute der Reichswirtschaftsrat zu einer Tagung zusammen, die auf etwa drei Tage berechnet ist. Der Reichsfinanzminister v. Kaumer wohnte den Verhandlungen bei. Auf der Tagesordnung stand an erster Stelle die Stellungnahme zu den

Vorschläge der Sozialisierungskommission zur Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus.

Vor Eintritt in die Beratungen erbat Chefredakteur v. Kaumer eine Erklärung der Regierung über ihre Stellung in der Sozialisierungsfrage.

Erklärung der Regierung.

Reichsfinanzminister v. Kaumer: Der Reichswirtschaftsrat hat bereits in seiner Sitzung vom 24. Juli einstimmig sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Kohlenwirtschaft nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnen ist, unter gleichzeitiger Heranziehung der Bergarbeiter und Angehörigen zu mitverantwortlichen Trägern dieser Wirtschaft.

Ich bin nun ermächtigt, zu erklären, daß die Reichsregierung ebenfalls auf dem Boden dieses Beschlusses steht. Sie hat den Reichswirtschaftsrat beauftragt, unter Zuzug der Weiterverfolgung der Angelegenheit zu betreiben, sobald der Bericht der Sozialisierungskommission vorliegt. Der Kabinettsbeschluss ist vollkommen einwandfrei und klar. Nachdem der Bericht der Sozialisierungskommission vorliegt, ist durch den Kabinettsbeschluss vom 22. September dem Reichswirtschaftsrat beauftragt, auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs einzutreten. Der Kabinettsbeschluss bedeutet selbstverständlich nicht eine Identifizierung mit den Beschlüssen der Sozialisierungskommission. Das ist selbstverständlich logisch ausgeschlossen, weil zwei auseinandergehende Vorschläge vorliegen. Was die Regierung bringen wird, wird eine durchaus selbständige Vorlage sein. Nun ist versucht worden, auf Grund der Weimarer Verträge der deutschen Volkspartei einen Gegensatz zwischen den Ministern aus meiner Partei und dem Gesamtkabinett zu konstruieren. Die Verträge sagen, richtig ausgelegt, folgendes: Die Fraktion steht auf dem Boden der Regierungserklärung. Es darf nur sozialisiert werden, wenn die Sozialisierung eine Steigerung der Produktion und eine Verminderung der Produktionskosten erzielt. Wenn sie wirtschaftlich fördernd wirkt, die Fraktion hat sich bereit erklärt, alle produktionsfördernden Maßnahmen zu unterstützen. Sie hat erklärt, daß sie mit ihren politischen Vorschlägen hervortreten wird, sobald die Vorlage der Regierung vorliegt. Diese Verträge bringen uns Minister aus der Deutschen Volkspartei nicht in Gegensatz zum Kabinettsbeschluss. Das Kabinett steht heute nach wie vor auf dem Boden des Kabinettsbeschlusses vom 22. Sept. Der Vorschlag stellt fest, daß das Wort zu dieser Regierungserklärung nicht gewährt wird.

Chefredakteur Dr. Brüning berichtet dann über die Tätigkeit der Sozialisierungskommission in ihrer ersten Sitzung, von der zwei Vorschläge vorliegen, die bereits veröffentlicht worden sind. Dem Vorschlag der Sozialisierungskommission auf Selbstbestimmung in der Produktion müsse Rechnung getragen werden, die Produktion komme auf der bisherigen Grundlage nicht zur Ruhe, es gelinge nicht, die Arbeitslosen wiederzuerstellen. Reichstagsabgeordneter Hugo Stinnes: Die Frage muß in einem kleinen Ausmaß geklärt werden. Die Frage der Kohlensozialisierung kann nicht für sich allein gelöst werden. Soll sie richtig gelöst werden, so bedeutet das einen völligen Umbau unserer Gesamtwirtschaft. Nur in einem kleinen Ausmaß kann praktische Arbeit geleistet werden. Der Vorschlag schlägt vor, einen Ausschuss aus neun Mitgliedern einzusetzen, der mit einem Ausschuss des Reichskohlenrats zusammenarbeiten soll. Dem Reichstagsrat soll aufgegeben werden, die gleiche Zahl von Mitgliedern zu ernennen. Nach längerer Aussprache werden die Sozialisierungsvorschläge einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Dank Hindenburgs.

Hannover, 7. Okt. Generalfeldmarschall v. Hindenburg gibt bekannt:

„In meinem 73. Geburtstag sind mir zahlreiche Beweise freundschaftlichen Gedankens in Form von Briefen, Telegrammen, Blumenpenden und sonstigen Gaben zugegangen. Alle diese Zeichen wohlwollender Gefinnung haben mich unendlich erfreut, aber ich vermag sie nicht einzeln zu beantworten. Ich muß daher bitten, meinen innigsten Dank in dieser Veröffentlichung zusammenzufassen zu dürfen.“

Völkerverbundswesen.

In Glück und Leid liegen Verhängnisse. Alles kommt darauf an, ob der Mensch das Gute wie das Böse richtig zu nehmen versteht. Der Sieger hat seine besten künftigen Kräfte anzuspannen, um den Verderben des Sozialismus und der Heberhebung zu entgehen. Der Besiegte muß sich vor der Verzweiflung und Gleichgültigkeit bewahren.

Die Politik nach dem Kriege ist in vielem lehrreich. Kaum jemals war eine Völkergemeinschaft so reif, in die Hand ihrer Sieger gegeben, wie diesmal. Das Schicksal der Welt liegt in den Händen der Entente. Heute noch und morgen. Und es scheint, als hätten alle Geister der Entwicklung ihre Gültigkeit verloren. Man könnte meinen, in der Gemeinsamkeit eines weltumspannenden Triumphes hätten die Nationen, welche sich heute die Sieger nennen, die Kraft gewonnen, allem zu trohen. Sie scheitern aber weniger der gewonnenen Kraft als der noch nicht gewonnenen Frieden zu fassen. Ihre Gemeinsamkeit gewinnt fürs erste dadurch an Stärke. Denn sie ist nicht eine Gemeinsamkeit des vollendeten Werks, also Erinnerung, sondern eine solche der Aufgabe, also der Tat. Und sie alle eint ein Interesse: die günstige Gelegenheit, ihre besondere Aufgabe unter Dach und Fach zu bringen, auszuführen. Diese Gelegenheit hält der Friedensvertrag grundtätig offen. Der Zustand, in welchem das Herz Europas gehalten wird, kann kein Dauerzustand bleiben. Das wird auch den Nachpolitikern schärfster Tonart dämmern. Das in Verfolg des Versailles Vertrags beliebte Verfahren ist schon alles andere als ein Wille. Die Ergebnisse, ohne Frage bitter und hart wie zuvor, nähern sich in ihrer Entstehungsgeschichte immer deutlicher dem Kompromiß.

In der Außenfrage trat erstmalig der Interessentkonflikt an den Tag. Wir machen uns keine Hoffnungen auf einen vollkommenen Gesinnungsumschwung in den Ententeländern. Unser Schicksal ist abzuwarten. Schon warf die Weltöffentlichkeit Deutschland wieder mitten in das Geschehen der Dinge. Im russisch-polnischen Kriege ballte sich die schleierhafte Weltordnung der Zukunft zum Kampfe mit der Weltordnung der Vergangenheit zusammen. Der alte Imperialismus hatte in seinem polnischen Schicksal den Mut gehabt, nach einem Weltkrieg und nach einer Weltrevolution die neue Zeit mit allen Mählern zu messen. Er hat trotz des polnischen Sieges einen Nachfolger von geschichtlicher Bedeutung weg.

Deutschland hätte nicht nur als Nachbar ein gewichtiges Wort mitzusprechen gehabt. Auch seine Erfahrung in sozialistischer Praxis, die eheliche Kraft seines die Mitte zwischen imperialistischer Einseitigkeit und bolschewistischer Verblendung haltenden Programms hätte es befähigt, der Welt an der Schwelle einer neuen Zeit etwas zu sein. Daß zu einem derart entscheidenden Zeitpunkt gerade das deutsche Volk nur Objekt der europäischen Politik ist, wird zum Schaden für ganz Europa.

Die Sieger werden durch ihren Siegesstolz verhindert, den Forderungen der neuen Zeit gerecht zu werden. Rußland bleibt, gen Europa durch den Nachwillen der Entente abgesperrt, mit seinen bolschewistischen Experimenten im Harle. Gott sei Dank denken viele. Viele aber neigen zu der Ansicht, daß die Geschicklichkeit der bolschewistischen Ideengänge gerade darauf beruht, daß sie sich in einem Lande „verwirklichen“, welches in dieser Hinsicht alles vertragen kann. Daß sie insbesondere durch den Druck des alten Imperialismus zu starkem Gegendruck gereizt werden.

Niemand kann sich dem Gedanken verschließen, daß das Verfahren von Versailles der beste Schritt nach dem Sozialismus ist. Auch die geschickteste Politik dürfte die Ententeländern, vor allem England und Frankreich, nicht an der Fragestellung vorbeistreichen: Starkes Deutschland oder Weltbolschewismus? Was heute noch mit imperialistischer Gebärde nachblüht, alten Systems schleudert, kann aber Nacht die niederschmetternde Feststellung machen, daß es selbst nicht mehr gesund ist. Gewisse Erscheinungen innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung Englands und Frankreichs wie Belgien deuten darauf hin, daß die nationalpolitischen Räder durch ihren allzu rasenden Schwung zur Anlage von Wemfen gezwungen haben, die immer fester greifen. Die vermeintliche Abenteurer- und Kriegslust Polens ist in dieser Richtung nicht ohne Einfluß geblieben.

Deutschland kann nichts tun, als auf sein Recht zu pochen. Unserer Außenpolitik fehlen die Mittel zu breiterer Aktion. Das deutsche Volk hat nur eine Lösung: Revision des Versailles Vertrags! Wir sehen nur eine Möglichkeit, Europa vor Schlimmtem zu bewahren: Eine offene, allseitige Abkehr vom Nacht- und Gewaltprinzip, eine neue Einigung, die alle eitle Scheinmoral ausrottet.

Politische Rundschau.

Neuf, den 9. Oktober.

hren Heimat-
g von Lan-
den größeren
open erhalten
und Abzeichen.
refessen der
Befriedigung
des Reichs-
dienstes.

beim Reiche
se Leistung
pe nicht aus-
e wird be-
ensjahre, lin-
jahre dienen.
Entlassung
assung. Alle
h der Dienst-
politisch
einigen ange-
ht während
et sich, seine
gerlichen
Vorberei-

deren Bestim-
anfalls vorge-
fordert, schriftlich
verpflichtet
das Recht
ebenbürtig-
den Frauen.
stellt. Das
gerlichen
berhalb der
den hierfür

alle Angehör-
in die
Einschrän-
auf 21 alte
Gefahr außer
sbestim-
den, doch
landsmann-
begünstigen
des Oktober zu

ischen
t: Die fran-
die der
des Charles
Vorführungen
zwischen den
n Waren-
en, die in-
nung

effisch neues,
und ganzen
transförische
Frage der
den, sondern
die Mitglieder
den ihre Ab-
en. In den
taktische Ar-
die Arbeit zu

ellen streifen
ter des Aus-
sichlichen Vor-
n und greif-
die deutschen
auszulassen,
s schlagende
Die Unter-
schreiben und
unten zusammen-
interessierende

den weiblichen
schen kann.
lasse sich das
Rage wegen,
Die Stille
g Erfolge
und heftig-
wirdelnden
Die Grund-
n. Die in
Lustigkeit,
taut fäuber-
eund, wenn
hat. Auch
auf dem Eise
die Wärme-
ohne Erfrä-

Rat für die
Lampen in
indische Vor-
e auch geig-
n und Zpa-
s paria-
ment, was die
e, oder der
n. Wenn ihr
an das Fest-
e hat, und
aus das Ge-
nitätlich so
uslagen sich

Der Brüsseler Finanzkonferenz sind von mancher Seite wenig Hoffnungen mit auf den Weg gegeben worden und auch heute wird man die Erwartungen für uns nicht allzu hoch spannen dürfen. Immerhin bewahrt sich aber auch hier wieder die alte Erfahrung, daß eine Sache gleich ein anderes Gesicht gewinnt, wenn sich einmal Männer der Praxis zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Wo ein Wille, da ist ein Weg, sagt ein englisches Sprichwort und von dem guten Willen wird schließlich alles abhängen. Einseitiger Eigennutz und Haß und Rache sind die schlimmsten Feinde des guten Willens, und sie können an einem Tage mehr zerbrechen als redliche Arbeit im Wochen aufgebaut hat. Daß diese zerstörenden Kräfte auch in Brüssel Eingang finden, daß sie namentlich von weitreichenden französischen Kreisen immer wieder hervorgerufen werden, ist ununterkennbar. Man muß die Hoffnung auf andere Leute setzen, deren Einfluß in der internationalen Finanz auch ein gutes Wort mitzubringen hat. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas hatten sich anfangs eine große Zurückhaltung auferlegt, um so mehr überraschend, daß der Delegierte dieses Landes in so energischer Weise darlegte, daß die bisherigen Deutschland gegenüber beliebte Praxis, die Grenze der Möglichkeiten überschreitet und daß zur Bekämpfung der gesamten Wirtschaftspolitik der Welt einer Vaterland ethische Grundsatzgrundsätze haben müsse. Wenn es bei diesen Worten bleibt, wenn ihnen der nötige Nachdruck, zu dem Amerika fähig ist, gegeben wird, so scheinen uns nicht alle Hoffnungen vergebens zu sein. England und Italien dürften Weiblich genug besitzen, um eigenen Interessen eine solche Politik zu unterlegen und die Neutralität werden erst recht an ihre Seite treten, da sie, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft, auf deutschen Handel und leistungsfähige Industrie angewiesen sind.

Insgesamt ist das Bild, welches sich in Brüssel von der Finanzlage der Welt entrollt, ein recht düsteres. Dieser Eindruck bleibt auch, wenn man berücksichtigt, daß die verschiedenen Delegierten im eigenen Interesse die Farben wenig freundlich aufgetragen haben. Die Not ist, wie der Krieg es war, international, die Opfer waren allgemein und deshalb kann auch selbstredend die Beseitigung der Schäden nur auf internationaler und gerecht ausgleichender Grundlage erfolgen. Wenn man von der internationalen Gefahr des Bolschewismus redet, so muß man erkennen, daß hier in Brüssel die wichtigste Handhabung zur energischen Bekämpfung desselben liegt. Bei wirtschaftlich geregelten Verhältnissen wird dieser Unruhebewegung der fruchtbare Nährboden entzogen. Rührt man aber Not und Elend weiter in einem Lande um sich greifen, so führt man ihm stets neue Radikaler zu. Will man neben dem völlig verdrängten Bolschewismus nicht einen neuen gefährlichen Feind des Bolschewismus entstehen lassen, so ist es hohe Zeit, die Hand zur völligen wirtschaftlichen Wiederaufrichtung zu reichen, deren das Land sich heute nicht einmal nicht fähig ist. Möge man auf der Finanzkonferenz sich nicht allzu lange die Köpfe über Theorien zerbrechen. Viele Wege führen auch hier nach Rom, die Hauptfrage ist, daß man schnell einen Weg einschlägt, und alsdann auch mit Energie ihn verfolgt. Es handelt sich durch Deutschland um die Rettung der Welt.

Der Empfang des deutschen Vorkämpfers Dr. Mayer seitens des neuen französischen Präsidenten Millerand hat staunenden und lehrerhaften Eindruck auf die deutsche Bevölkerung gemacht. Es ist ein Beweis für die Verhältnisse der beiden Länder in den Vordergrund zu rücken. Wenn gleichzeitig in unserm Vertreter das Zeugnis ausgesprochen wurde, daß er persönlich mit Geld und

guten Willen bemüht war, den Ausgleich zu finden, so klingt das ja sehr verbindlich, läßt aber gleich den Blick für weitere Schwierigkeiten in der Zukunft offen. Bei der heutigen in Frankreich herrschenden Stimmung kann man keine Rückschlüsse erwarten, die Stimmen der Vernunft, die hier und da laut wurden, sind zu vereinzelt, um Einfluß zu bekommen. Wir werden diesen Stimmungen stets bei uns Rechnung tragen müssen.

Vor Überraschungen sind wir auch in der Zukunft durchaus nicht sicher, weder am Rhein noch im Oberelsaß. Gerade in letzterem Landesteil macht die Verunsicherung so gut wie gar keine Fortschritte. Die Polen haben offenbar das Empfinden, daß ihnen, sie ändern tun und lassen, was sie wollen, kein Haß getrieben wird. Will man tatsächlich, wie es ausgesprochen worden ist, mit der Volksabstimmung warten, bis das ganze Land in Ruhe und Ordnung ist, so wird man das nie erleben; dafür sorgt schon allein die politische Situation, welche unerbittlich die einfache Union der Provinz zerschlägt. Das muß dann stets auch neue Zusammenfassungen führen, da man den deutschen Elementen nicht zuzumuten kann, sich einfach aufzugeben zu lassen. Ebenso wenig kann das Reich ruhig zusehen, daß ihm diese zu seinem wirtschaftlichen Erhalt unbedingt notwendige Provinz systematisch auseinander wird. Besondere Aufmerksamkeit hat das widerwärtige Verhalten der Breslauer Grubenchefen hervorgerufen, seine oberflächlichen Begriffe zu bereinigen. Eine solche Behandlung in Ausübung des Vorkommnisses kann nicht ruhig hingenommen werden.

Die polnisch-russischen Friedensverhandlungen zu Riga sind nun endgültig abgeschlossen worden, wobei Russland große Nachgiebigkeit gezeigt hat. Man kann offenbar nur selbst den inneren Verhältnissen nicht mehr und will nach außen Ruhe und Frieden haben, um im Lande selbst die Ruhe freier zu haben. Auch die antibolschewistische Seereschiffe, die von Frankreich erhebliche Unterstützung erhalten, wissen über wichtige Fortschritte zu berichten, so daß den Machthabern in Moskau der Boden langsam heißer unter den Füßen geworden ist. Viele Fremde haben sie ohnehin im ganzen Lande nicht durch ihre Schreckensherrschaft zu erwarten. Wenn sie einmal ihr Bündel schmeißen, so wird ohne Zweifel ein großes Aufstehen durch das ganze Land gehen. Diese Unsicherheit der Lage ist ohne Zweifel auch der Grund, weshalb England seine Abmachungen mit dem heutigen Russland auf die lange Bank schiebt, worüber man sich später beklagen kann. Immerhin bahnt man die Handelsbeziehungen nachdrücklich an, so daß sie dem nächsten Jahre nahe sind. Die Finanzen ja auch weiter bestehen, wenn ein Systemwechsel im alten Jahre einmal eintritt. England treibt eben eine durchaus auf das Praktische gerichtete Politik, die man sich in Deutschland wohl zum Beispiel nehmen darf.

Die preussische Landesversammlung setzt ihre Beratungen ohne große Aufregung fort. Der Schwerpunkt liegt auch hier in den Kommissionen, Wahlgesetz und Autonomie der Provinzen sind die Hauptgegenstände, welche der Erledigung harren. Der erstere Gegenstand macht augenscheinlich wenig Schwierigkeiten, da er in den Grundgedanken sich an das Reichstagswahlgesetz anlehnt. Das Wesentliche wird die Kreisreorganisation und die Zahl der Abgeordneten sein. Es ist dabei reichlich Gelegenheit zu allerlei Wahlkreisgeometrie gegeben, die stets zu unruhigen Unruhen ausgebaut wird. Es gilt hier die Augen offen halten und insbesondere müssen die einzelnen Bezirke auf der Wacht sein und gleich die Leitung der Partei benachrichtigen, wenn aus den veröffentlichten Entwürfen irgendwo der Wendebruch hervorzuflutet.

Die Autonomie der Provinzen wird im ganzen Lande wiederum große Meinungsverschiedenheiten auslösen. Mit einer nur scheinbaren Selbständig-

keit, wie sie gewisse Berliner Kreise wollen, wird man sich anderwärts nicht zufrieden geben. Für das Wesen der umgewandelten Berliner Luft dankt man namentlich im Westen des Reiches. Wie bei Oberelssien, so können zu dem auch hier in der Entwicklung der Dinge Umstände eintreten, welche die Schaffung eines eigenen Bundesstaates als Gebot der Stunde erscheinen lassen. Was uns an diesen Grenzen noch bedrückt, weiß in der Tat heute niemand zu sagen.

Die Umbildung der Polizei in Preußen.

Berlin, 6. Okt. Die gemäß den Bedingungen von Spa geschlossenen Verhandlungen über die Umbildung der Polizei in Preußen haben, wie schon gemeldet, zur Uebereinstimmung der beiderseitigen Bevollmächtigten geführt. Zu einem Erlaß an die Behörden leit der Minister des Innern Seiber in g das Ergebnis mit und ordnet die sofortige und restlose Durchführung an, ungeachtet aller in Sonderverhältnissen des Bezirks etwa begründeten Bedenken. Zugleich werden weitere Weisungen in Aussicht gestellt. Im Polizeipersonal vorzuziehen, betont der Minister, daß der Verband gegen die Einrichtung einer Staatspolizei nichts einzuwenden habe, wenn diese in ihrer Zuständigkeit nur örtlich gebunden sei in der Weise, wie es bei den staatlichen Polizeiverwaltungen von jeher der Fall war. Ausdrücklich in diesem Sinne ist die in der Note des Verbandes enthaltene Forderung einer kommunalen Polizei zu verstehen. Die Bestimmungen lauten:

1. Mit dem 6. Oktober 1920 wird die Sicherheitspolizei, einschließlich der Städte, aufgelöst. Die Ausführung dieser Anordnung erfolgt durch die Herren Oberpräsidenten.

2. Die der Ausrechterhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung gemäß § 10, 11, 17 des allgemeinen Landrechts dienende Polizei ist eine rein örtliche. Ihre Zuständigkeit beschränkt sich auf den Ortspolizeibezirk (Gemeinde, Amtsbezirk usw.). Sie untersteht mit sämtlichen Beamten: a) in Orten mit staatlicher Polizeiverwaltung dem Polizeipräsidenten bzw. dem Polizeidirektor; b) an allen anderen Stellen den kommunalen Ortspolizeibehörden.

3. Die Leiter der Ortspolizeiverwaltungen haben den Dienst der Polizeibeamten, besonders die Verteilung auf die Bezirke und Wachen sofort zu regeln.

4. Eine Auffüllung des Personalbestandes ist erforderlich. Die Mitglieder der aufgelösten Sicherheitspolizei können eingestellt werden.

5. Die bisherige Unterstellung unter Beamte, die sich nicht im selben Ortspolizeibezirk befinden, fällt fort. Die Befehlsgewalt jedes Polizeibeamten erstreckt sich nur auf die Beamten seines Ortspolizeibezirks.

6. Eine Verwendung von Polizeikräften außerhalb ihres Bezirks kann nur auf besondere Anordnung der Landespolizeibehörde eintreten; diese hat dann gleichzeitig die Befehlsgewalt zu erteilen.

7. Die Regierungspräsidenten allein haben nach Maßgabe der bereits im Jahre 1913 in Geltung gewesenen Bestimmungen, insbesondere der Gesetze vom 11. März 1850, 22. September 1907, 19. Juli 1911 und 19. Juni 1912, sowie der Regierungsanweisung vom 23. Oktober 1817, die Stellung als Landespolizeibehörde.

8. Die Stärke der uniformierten Polizei beträgt für Lippe 8500, Pommern 3000, Mecklenburg 3600, Ostpreußen 2870, Schlesien 1800, Brandenburg 19 300, Schleswig-Holstein 2400, Hannover 2500, Hessen-Raffau 4000.

Westfalen 6110, Rheinprovinz 8890 (nämlich: Düsseldorf 1600, Bielefeld 1800, Oberhausen 430, Sterkrade 200, Essen 1600, Mülheim 670, Elberfeld 800, Hamm 430, Duisburg 780, Remscheid 580), Sachsen 8800. Zusammen 70 760.

In dieser Zahl sind die Beamten der staatlichen Ortspolizeiverwaltungen mit enthalten. Der Rest bis zur Zahl von 85 000 entfällt auf die uniformierten Polizeibeamten der Gemeinden. Vorher diesen 85 000 uniformierten Polizeibeamten sind in Preußen 9100 Landjäger (Gendarmen) vorhanden.

9. Sämtliche Anwärter für den Dienst der Polizei haben sich für eine Dienstzeit von 14 Jahren schriftlich zu verpflichten. Vorherige Entlassung erfolgt nur im Falle körperlicher Unbrauchbarkeit und bei sonstiger Ungeeignetheit zum Polizeidienst, sowie nach Maßgabe der besonderen Disziplinarstrafordnung bei schweren Verstößen gegen die Dienstpflicht. Ein Uebertritt aus der Polizei in Heer und Marine ist nicht gestattet.

10. Ueber die Ausbildung, Beförderung und Beförderung der Beamten ergeben besondere Bestimmungen.

11. Soweit ein polizeiliches Bedürfnis vorliegt, werden die Beamten in besonderen Dienstwohnungen untergebracht. Die Entscheidung trifft die Landespolizeibehörde unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse.

12. Eine Anordnung über die Dienstkleidung der Polizei erfolgt demnächst, bis dahin wird die bisherige Dienstkleidung weitergetragen.

13. An Bewaffnung stehen der Polizei zu: für jeden Beamten eine Waffe, Pistole, Handgranate; für je 3 Beamte ein Gewehr oder ein Karabiner; für je 20 Beamte eine Maschinenpistole; für je 1000 Beamte ein Panzerwagen mit zwei schweren Maschinengewehren.

14. Alle danach überzähligen Waffen sind, soweit es nach den bisherigen Gesetzen noch nicht geschehen sein sollte, nunmehr sofort an die Reichsstelle der Reichstreuhandgesellschaft gegen Empfangsbescheinigung abzuliefern.

Nähere Ausführungsbestimmungen regeln den Dienstbetrieb, die Uebernahme der bisherigen Wachen Polizei, die Geltungsdauer der bisherigen Vorschriften, sowie das Kasernen- und Wohnungsverwaltungsgesetz ist, während diese Erlasse ergehen, bereits im Gange. Ein Entwurf, der der neuen Sachlage schon Rechnung trägt und vom Staatsminister, Staatsminister a. D. Drews, aufgestellt ist, liegt diesen Bestimmungen zugrunde.

Aus dem Reich.

Für oder gegen Moskau.

Essen, 6. Okt. In Essen wurden bei den Urwahlen der U. S. P. zum Reichsparteitag 4615 Stimmen abgegeben, von denen 8926 für den Anschluß an die kommunistische Internationale und 684 Stimmen dagegen waren. Es entfielen danach neun Mandate für und ein Mandat gegen Moskau. Die Wahlen zum Bezirksparteitag brachten 22 Genossen und 6 Genossinnen aus der Urne, die alle für Moskau sind.

Elberfeld, 6. Okt. Die Beteiligung bei den Urwahlen zum Parteitag der Unabhängigen war auch im Wuppertale außerordentlich schwach. Es wurden nur 3386 Stimmen abgegeben, während die U. S. P. bei der Reichstagswahl im Juni mehr als 56 000 Stimmen erhielt. Gegen die Moskauer Bedingungen stimmten 1788, für die Bedingungen 1603.

Bielefeld, 6. Okt. Die Bielefelder Unabhängigen und Kommunisten beschloßen mit 600 gegen 16 Stimmen den Anschluß an Moskau.

„Ach, gute Frau Müller, wahre Liebe fragt gewiß nicht nach Nationalität, noch nach Rang und Stand!“ wandte Gerta, mitleidig, ein.

„Rang und Stand? Na ja, da will ich nicht widersprechen, aber eine fremde Blume von da drüben in die heimatische Erde pflanzen, nein, Baronchens, dafür ist unser gnädiger Herr nicht; sein reines deutsches Gemüt hält den Zauberkreis der schönsten und reichsten Ausländerin stand, behauptete Frau Müller in überzeugendem Tone. Dann tief Atem holend, sagte sie geheimnisvoll flüsternd hinzu:

„Manchmal habe ich gedacht, es könnte — aber nein, ich will es lieber doch nicht aussprechen, ist ja wohl auch ein Irrtum! Mein treues Baronchens wird mich für eine recht schwachhaft gewordene alte Base halten, bitte, nicht böse sein!“

„Nur eines möchte ich wissen“, flüsterte Gerta, Frau Müllers Hand frampfhaft drückend, bittend zurück, „ist sie mir bekannt?“

„Bekannt? Ich sollte wohl meinen!“

„Weiter, bitte, weiter!“

Der drängende, zitternde Klang in Gertas Stimme, der Farbwechsel in dem fahlen Gesicht durchdrachte Frau Müller mit ahnungsvollem Erschrecken. Sie war in ihrer offeneren Mittelung zu weit gegangen, was sie dadurch gewacht, war mehr als Neugierde!

„Mein, nein, meine liebe Baronchens“, sagte sie, ihre innere Beklemmung unter einem erzwungenen Lächeln verbergend, „es wäre töricht, wollte ich Sie in meinen Irrgarten voll falscher Vermutungen locken. Leider können wir“, schloß Frau Müller ernst, „mir dem besten Willen nichts dazu beitragen, unserem Herrn Baron ein Erbengeld zu schaffen, wie es der beste aller Menschen tausendmal verdient.“

Einen Seufzer unterdrückend, neigte das junge Mädchen stumm bejahend den Kopf, ihr Leben hätte sie freudig für sein Glück hingeben mögen! Nochmals zu fragen: „Welche ist, die Better Georg lieb?“ wagte sie nicht mehr, es war ja auch überflüssig, glaubte sie doch zu erraten: Marie Luise hatte sein Herz für alle Zeit in Besitz genommen. War ja auch nicht zu verwundern: Bielefeld war so schön, so klug! Ob sie wußte? Hatte sie durch ihre hochmütige Kälte das edelste Mannesherz mit Wacht unheimlich verwundet? oder war

Heimat!

Roman von A. M. A. B. H.

(Nachdruck verboten.)

„Dann gilt wohl die Halbtat, die sie noch äußerlich trägt, auch Sehnen mehr, als ihrem Bruder?“ fragte sie mit leichtem Spott Marie Luise und sagte, als Gerta schweigend, mit besonderer Betonung hinzu: „Nebensächlich rechnet die Welt nicht mit den Taten, so dürfte auch Graf Düringhausen nicht gegen einen kindischen Einbildung Jeneins auf seinen Lieblingsschmerz, den Majoratsjüngern von Gattsburg als Schwiegersohn zu unarmen, verdrängen. Kraft seiner väterlichen Autorität —“

„Vergleich, Bielefeld“, fiel Gerta der Schwester mit erster Bestimmtheit ins Wort, „sowohl ich Graf Düringhausen zu kennen glaube, bin ich überzeugt, der gnädige Vater wird sein zärtlich geliebtes Kind niemals in dem betreffenden Fall — die klare Mädchensinnung vibrierte leicht — man beiden Teilen Glück wünschen konnte.“

Marie Luise, eben dabei, um die schimmernde Haarfülle, die wie ein Mantel Nacken und Schultern umfloss, ein feines Band zu schlingen, warf hastig ihren kleinen Kopf zurück und zur Schwester, die ihre Radikalkur bereits beendet hatte, aufschauend, fragte sie spöttisch herausfordernd: „Wirklich? Auch du?“

In Gertas Augen blühte es vorwurfsvoll auf, ein Wort der Abwehr wollte sich ihr über die Lippen drängen — aber nein, nein, einen Zug der Daal um den festgeschlossenen kleinen Mund, wandte sie sich schweigend ab, im stillen sich fragend: „Weshalb tut sie mir immer und immer wieder was mit ihrem Spott?“ Nicht die leiseste Ahnung hatte sie, daß der Dämon der Eifersucht mit unheimlicher Gewalt Marie Luise zwang, an das Festliche zu rühren, was verborgen in der feuchten Mädchenseele ruhte.

Und jeder neue boshafte Stich förderte die Entfremdung zwischen den beiden Schwestern, die sich mit inniger Zärtlichkeit geliebt hatten, und vielleicht noch mehr als Gerta, welches Gemüt litt dabei die Ältere Baronchens, gelöst von ihrem Schuldgefühle. Wer es eingesehen? Nim-

mermehr! Das Kind blühte sie ohnehin mitunter eigen fragend an, wie in stummer Anklage — dann fühlte Marie Luise die Glut der Scham in ihr Antlitz steigen; so auch an jenem Abend in Schloß J. Als ob sie etwas gutzumachen hätte gegen die kleine, erobte sie keinen Einspruch, als Gerta am nächsten Tage die Absicht kund gab, vor ihrer Abreise nach Berlin der treuen Heimat einen Besuch abzustatten.

Graf und Gräfin J. . . dem natürlichen Wunsch ihres jungen Gastes lebhaft zustimmend, stellten den Schwefel das Pongesellschaft zur Verfügung. Die Baronessen zu begleiten, hielt die Rücksicht gegen die übrigen noch im Schloß weilenden Gäste das gräßliche Paar ab. Aber auch Marie Luise blieb zurück, sie fühlte sich nicht, sagte sie, „Gattsburg zu besuchen.“

Gerta fuhr allein. So wars ihr am erwünschtesten. An der Partyparte, unweit der Meierei, stieg sie aus. Den Wagen voranschickend, führte sie ihr erster Weg nach der Familiengruft, wo sie nach alter Weise die Stühle mit Blumen schmückte. Allein mit ihrem überfüllten Herzen suchte sie dann in Park und Wald alle verträulichen Lieblingsplätze auf, hier und dort ein Weiden rauschen. Zulezt begab sie sich ins Schloß, wo Frau Müller, vom J. . . schen Kirschen benachrichtigt, bereits seit einer Stunde in freudiger Erwartung nach ihrem teuren Baronchens ausschaute.

Die gute Frau, die zarte Rechte ihres Lieblings mit ihren beiden Händen fest umschlingend, brachte zunächst kein Wort hervor, sie weinte Freundentränen, konnte sich nicht satt sehen an dem holden Mädchengesicht — es war schmaler geworden und so blaß, so weiß! Ja, ja, die Stadtkunst! Und die dunklen Augen, die wie Sonnen strahlten, blühten auch nicht mehr so voll übermütiger Jugendlust, wie ehedem, na ja, freilich, sie standen jetzt voll Tränen! Es war doch eigentlich ein Jammer, nur ein kurzer Besuch und dann wieder fort, und Frau Müller wußte doch, wie Baronchens Herz an der Heimat hing! Schöner war es auch gewiß nirgendwo! Und nun gar in dem großen, heißen, heißen Berlin! Nicht vier Wochen konnte sie, Frau Müller, es dort aushalten. Wußte es denn überhaupt, daß die gnädigen Baronessen in der fremden Stadt hausten? Ihre gelehrten Bücher zu schreiben hätte Baronchens Marie Luise hier in

Gattsburg doch noch mehr Ruhe! Sie hätten ja auch nicht nötig, in der kleinen Meierei zu wohnen, sondern im Schloß. Wie würden der Herr Baron sich freuen! Und der liebe gnädige Herr könnten wahrhaftig mal ein bißel Freude gebrauchen nach dem schweren Kummer und bei all der harten Arbeit von früh bis spät. Kein aufseihen wird er sich in seiner Sorge, Liebe und Güte um und für fremde Menschen.

Nach dem entsetzlichen Unglück wars schrecklich mit dem Herrn Baron — Tag und Nacht ruhelos konnte er Herrn von Gehrten Verlust nicht überwinden! Er sprach sich ja nicht darüber aus, aber man sah es ihm an, wie er im stillen litt. „Wie ich ihn dann nach langer Zeit eines Abends zum erstenmal wieder Gänge spielen hörte“, plauderte Frau Müller unermüdet weiter, „da dankte ich Gott! Seitdem spielt er fast an jedem Abend, oft bis spät in die Nacht, und ich kann mir nicht helfen, ich muß weinen, wenn ich den einsamen Herrn spielen höre, es klingt so traurig, so ergreifend! Dabei ist Herr Baron ein einziges Vergnügen! Und nun zu denken, wies hier ganz anders sein konnte, wenn Herr Baron sich entschließen würde, zu heiraten! Aber Gott bewahle! Davon will der gnädige Herr nichts wissen, absolut nichts! Da kommen einem denn so allerlei Vermutungen, ich denke —“ Frau Müller dampfte den Ton ihrer Stimme — „eine unglückliche Liebe ist daran schuld!“

Seit Frau Müller sich alles, was sie seit Jahr und Tag still mit sich herumgetragen, ohne anzuhalten vom Herzen redete, wurde sie von Gerta mit keinem Wort unterbrochen. Sie hatte aufrichtig zugehört, in tiefer, seltsamer Bewegung. Sich nun gewaltig beherrschend, gab sie auf die direkte Frage leise zur Antwort:

„Es kann wohl sein, Frau Müller. Haben Sie eine bestimmte Ahnung? Wäre am Ende eine Amerikanerin, die Better Georg schon geliebt, ehe er nach Deutschland zurückkehrte, oder — trauert er um eine — Kore?“

„Ach!“ — Frau Müller neigte nachdenklich ihr Haupt, „eine Amerikanerin glaub ich nicht, Baronchens! Ein so durch und durch deutscher Mann, wie der Herr Baron, führt nur ein deutsches Mädchen — vergesse — ein deutsches Mädchenlein als Hausfrau heim!“

Die Abfertigung der Waffen.
Berlin, 6. Okt. In der heutigen Sitzung des parlamentarischen Beirats gab der Reichskommissar für die Entwaffnung, Dr. Peters, Auskunft über das bisherige Ergebnis der freiwilligen Waffenabfertigung. In den zehn ersten Abfertigungstagen sind abgegeben worden: 122 000 Gewehre und Karabiner, 913 Maschinengewehre, 239 Maschinengewehrpatronen, 17 Geschütze, 11 Minenwerfer, 18 Flammenwerfer, 3 660 000 Schuss Handwaffenmunition, 14 931 Hand- und Gewehrpatronen, 111 000 Handgranatengürtel und Sprengkapseln sowie eine sehr große Anzahl von Waffenteilen, darunter 8 Geschützrohre, 76 Geschützverschlüsse, 151 Richtvorrichtungen, 3590 Maschinengewehrpatronen, 4850 Maschinengewehrverschlüsse, 19 900 Gewehr- und Karabinerpatronen, 19 300 Schließer.

Berlin ohne bürgerliche Zeitungen.
Berlin, 7. Okt. Vom Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgewerbe wurde gestern nachmittag beschlossen, die Zeiter, Drucker, Falzer, Setzer usw. nämlich vor die Entscheidung zu stellen, ob sie ihre Arbeit vollständig verrichten wollen oder nicht. Da nun das technische Personal an seiner Arbeitsverweigerung festhielt, haben sich die Berliner Zeitungsbetriebe zur Entlassung ihres gewerblichen Personals gezwungen. Die Zeitungen können daher bis auf weiteres nicht erscheinen, ausgenommen die sozialistischen Blätter.

Der sozialistische Betriebsrätekongress.
Berlin, 7. Okt. Eine Sympathieundgebung für das Proletariat Russlands wurde gestern einstimmig angenommen. Auch der heutige dritte Tag brachte zu Beginn der Sitzung wieder den unvermeidlichen Krach. Der Grund war, daß man sich über die Frage nicht einigen konnte, ob auch Korreferenten gehört werden sollten. Nach minutenlangem Lärm, bei dem eine Geschäftsführung unmöglich war, entschied sich schließlich eine Mehrheit dafür, die Korreferenten doch zu hören.

Das erste Referat des Delegierten Dismann behandelte die Aufgaben der Betriebsräte. Von den Industriellen sei eine wohnungsfähige Preispolitik getrieben worden. Das deutsche Wirtschaftsleben sei auf Abbruch verkauft. Die Arbeitslosen aufzupeitschen, das könnten auch die Dummsten fertigbringen; was man für sie nötig habe, das sei Interaktion und Beschäftigung.

Das Betriebsrätegesetz sei ein „trauriges Schandgesetz“. Die Betriebsräte dürften über den Kleinigkeiten (i) des Betriebes nicht das Revolutionäre, Große und Allgemeine vergessen. Die Betriebsräte sollten sich Respekt bei dem Unternehmer verschaffen, aber nicht durch Maulaufreien, sondern durch sachliche und ruhige Verhandlungen. Der Redner, der selbst Gewerkschaftsführer ist, tritt für ein Zusammenarbeiten von Gewerkschaften und Betriebsräten ein, lehnt aber die Arbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmern und Arbeitern als „unnatürliche Gebilde“ ab.

Ausland.

Die Eröffnung des dänischen Reichstages.
Kopenhagen, 6. Okt. Heute wurde im gemeinsamen Sitzungssaal der neue Reichstag durch den König in beiderlei feierlicher Weise eröffnet. Außer der gesamten königlichen Familie war das diplomatische Corps auch vertreten, doch fehlte der deutsche Gesandte, der gegenwärtig in Berlin weilte. Nachdem der König die Thronrede gelesen hatte, wurde die Sitzung mit einem Hoch auf den König und die Verfassung geschlossen. Besonders Interesse wurde den nord-schleswigschen Abgeordneten entgegengebracht. Diese wurden, nachdem die Mitglieder der beiden Häuser des Reichstages versammelt waren, besonders in den

die Räte erfreulich! Hielt Diefels unbändiger Stolz sie ab, sich und ihm ein unheimliches Glück zu bereiten?
Über vielleicht war der Schwester unbediente Abneigung gegen Vetter Georg, die sie ihm seit der ersten Stunde seiner Ankunft in Eschburg nur zu oft unterstellt gezeigt, doch edel! Armer, lieber Vetter Georg, wie schwer magst du darunter gelitten haben und noch leiden! Ach, daß ich Diefels Herz und Sinn wandeln könnte!
Zu Marie Rütjens stillem Bescheiden berichtete Geria wenig über die in Eschburg verlebten Stunden.
(Fortsetzung in der Mittwoch-Nummer.)

Bunter Allerlei.

Seitliche Steuern. Auch der Staatschatz des reichen Englands hat Zeiten der Not und Sorge gekannt und in den Köpfen der Schatzkanzler fanden wunderliche Steuerpläne, mit denen die britischen Staatsbürger wenig einverstanden waren. Eine der seltsamsten und meist gebasteten Steuern war die Geburtssteuer, die nach der Revolution gegen Jakob II. eingeführt wurde. Nach dem Tode und Vermögen war die Steuerformel gestaffelt; wenn z. B. eine Herzogin ihren Gatten mit einem Kinde beschenkte, so mußte der Vater bei der Staatskasse über dieses Glück mit 600 Schilling quittieren. Wenn aber eine Arbeiterfamilie Familienzuwachs erhielt, so beanspruchte der Fiskus nur zwei Schilling. Aber der Zorn und die Entrüstung gegen diese Steuer war im Lande so groß, daß sie nach kurzer Zeit wieder abgeschafft werden mußte. Am den Einnahmeausfall zu decken, versuchte man sein Glück mit einer Vermögenssteuer. Herzöge, Bischöfe und hochgestellte Persönlichkeiten mußten 250 Schilling im Jahr bezahlen. Die Steuer, die 1695 zuerst erhoben wurde, wurde 11 Jahre später wieder abgeschafft. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab es im glücklichen England kaum etwas, das nicht in irgendeiner Weise besteuert war, vom Mythenkorn der Braut bis zu den Nägeln des Fußes. „Der sterbende Engländer“, so sagte John Smith karstisch, „trinkt eine mit 7 Proz. versteuerte Medizin aus einem mit 15 Proz. versteuerten Weide, legt sich zurück auf sein Bett,

Saal geführt. Im Anschluß an die gemeinsame Feststimmung hielten die beiden Häuser, das Parlament und das Landtag, getrennte Sitzungen ab. Die Sitzung des Parlamentes wurde vom Alterspräsidenten, dem Verteidigungsminister Klaus Bernsten, mit einer Ansprache eröffnet, worin er namentlich die nord-schleswigschen Abgeordneten willkommen hieß und den heutigen Tag als einen unvergeßlichen bezeichnete, nicht nur in der Geschichte des Reichstages, sondern auch in der Geschichte des dänischen Volkes. Ein trauriger Abschnitt in der Geschichte Dänemarks sei abgeschlossen. Bernsten drückte weiter die Hoffnung aus, daß Dänemark, ohne an dem blutigen Weltkrieg teilgenommen zu haben, dank der edelstimmigen Zuwendung durch die siegreichen Mächte, die Erfüllung seiner größten nationalen Hoffnung erlebt habe. Ein nord-schleswigscher Abgeordneter dankte im Namen seiner nord-schleswigschen Kollegen für den herzlichen Empfang und machte ebenfalls den Verbandsnächsten eine dankbare Verbeugung für ihre Mitwirkung daran, daß Nord-schleswig an Dänemark gefallen sei. Im Landtag wurden die nord-schleswigschen Vertreter mit einer besonderen Ansprache des Alterspräsidenten bedacht, auf die der Abgeordnete Kloppeburg-Schmager erwiderte. Im Folgenden wurde namentlich das Erscheinen des deutschen Vertreters aus Nord-schleswig, Pastors Schmidt, allgemein beachtet.

Brüssel.

Aus dem Pariser Blätterwald.
Paris, 6. Okt. Das Petit Journal und das Jour na l haben sich heute vormittag in eingehender Weise in längeren Aufsätzen ihrer Sonderberichterstatter mit der Brüsseler Frage beschäftigt. Sie stellen ersichtlicherweise fest, daß die deutsche Abordnung in Brüssel es verstanden habe, der Finanzkonferenz den Glauben vom deutschen guten Willen beizubringen. Namentlich der Vertreter des Petit Journal gibt zu, daß die deutschen Vertreter sich in Brüssel nicht auf die Seite der Angelfischen und Neutralen geschlagen hätten, sondern, daß sie vielmehr mit einer diskreten Reserve sich an die Italiener und Franzosen gewandt hätten. Sowohl das Journal wie das Petit Journal glaubt sagen zu können, Frankreich und Deutschland wollten nimmere ohne Vermittler die Wiedergutmachungsfrage besprechen. Deutschland könne auf zwei Arten Zahlung leisten: durch seine Arbeit beim Wiederaufbau in Nordfrankreich und durch die Lieferung von Waren, die es herstelle. Um aber dies tun zu können, brauche es Rohmaterialien, und für deren Bezug wolle es Kredite haben. Die beiden Blätter scheinen anzunehmen, daß auf diesem Weg eine Verständigung vielleicht möglich sei.

Wenn andere Pariser Blätter mit dieser Wiedergutmachungsfrage nun auch die Frage der Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland vermengen und von den im Juni unterbrochenen Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Industriellen sprechen, scheinen sie die Lage zu verkennen. Die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen haben mit dem Vertrag von Versailles nichts zu tun, denn die abgebrochenen Verhandlungen wurden unter der ausdrücklichen Bestimmung begonnen worden, daß sie unabhängig geführt würden von jeder Forderung, die die deutsche Regierung aus dem Versailler Vertrag aufgebürdet werden könne.

In erfreulicher Weise hält das Journal des Debats heute abend diese beiden Fragen auseinander. Von der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Verhandlungen will es keine Kenntnis haben. Es wartet vorübergehend auf den Arbeiter und Unternehmer in den Verhandlungen des Amtes. Eine längere Verhandlung entspann sich über den Antrag des Reichstages der deutschen Regierung, die Schriftstücke des Ar-

beitsamtes, die dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes siehe am Mittwoch die Beratung des Berichtes von Albert Thomas fort. Das Amt legte dem Ratismilgliedern den Entwurf vor, deren Leitung Professor Mithoud anvertraut war. Der Rat ging hierauf zur Förderung der vom Vergabeamt aufgestellten Forderung nach einem internationalen Verteilungsamt für Kohle, Erze und andere Rohstoffe über. Nach langer Beratung wurde einstimmig ein Antrag angenommen, wonach Albert Thomas ermächtigt wird, die Verhandlungen mit dem Völkerbund wegen der Bildung eines internationalen statistischen Amtes für Preise und Qualitäten, das der Finanz- und Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes angeschlossen werden, und dessen erste Abteilung sich mit der Statistik des Völkerbundes beschäftigen, den Vereinigten Staaten in dem Internationalen Arbeitsausschuß einen Sitz für einen Regierungsvertreter anzubieten.

Genf, 6. Okt. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nahm zwei Anträge an: der erste bezieht sich auf die Festlegung der Tagesordnung für den internationalen Arbeitskongress, der zweite auf das Wahlverfahren für Vertreter der Arbeiter und Unternehmer in den Verwaltungsrat des Amtes. Eine längere Verhandlung entspann sich über den Antrag des Reichstages der deutschen Regierung, die Schriftstücke des Ar-

beitsamtes, die dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes siehe am Mittwoch die Beratung des Berichtes von Albert Thomas fort. Das Amt legte dem Ratismilgliedern den Entwurf vor, deren Leitung Professor Mithoud anvertraut war. Der Rat ging hierauf zur Förderung der vom Vergabeamt aufgestellten Forderung nach einem internationalen Verteilungsamt für Kohle, Erze und andere Rohstoffe über. Nach langer Beratung wurde einstimmig ein Antrag angenommen, wonach Albert Thomas ermächtigt wird, die Verhandlungen mit dem Völkerbund wegen der Bildung eines internationalen statistischen Amtes für Preise und Qualitäten, das der Finanz- und Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes angeschlossen werden, und dessen erste Abteilung sich mit der Statistik des Völkerbundes beschäftigen, den Vereinigten Staaten in dem Internationalen Arbeitsausschuß einen Sitz für einen Regierungsvertreter anzubieten.

Genf, 6. Okt. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nahm zwei Anträge an: der erste bezieht sich auf die Festlegung der Tagesordnung für den internationalen Arbeitskongress, der zweite auf das Wahlverfahren für Vertreter der Arbeiter und Unternehmer in den Verwaltungsrat des Amtes. Eine längere Verhandlung entspann sich über den Antrag des Reichstages der deutschen Regierung, die Schriftstücke des Ar-

Der Völkerbund und die Schweiz.
Bern, 5. Okt. Im Nationalrat interpellierte Grim über die Wahl der Völkerbundesdelegierten. Bundespräsident Motta wies darauf hin, daß sein Vorgänger im politischen Departement die Auffassung vertreten habe, daß der Bundesrat, der die Delegierten zu instruieren hat, auch deren Wahl vorzunehmen habe. Der Bundesrat teile diesen Standpunkt. Auf der ersten Versammlung des Völkerbundes werde u. a. auch über die Zulassung weiterer Staaten gesprochen werden. Von Bulgarien liege bereits ein Gesuch vor, während sich weber Deutschland noch Österreich bisher angemeldet hätten. Die Stellungnahme der Schweiz in der Frage der Aufnahme dieser Staaten sei durch ihre ganze Neutralitätspolitik gegeben. Wer der Ansicht sei, daß Deutschland Eintritt in den Völkerbund als eines trotz seiner Niederlage großen Staates zur politischen Entspannung Europas beitragen werde, müsse wünschen, daß es nicht nur eine Vertretung in der Völkerbundesversammlung, sondern auch im Völkerbundrat erhalte. Eine weitere sehr wichtige Frage bilde die Errichtung eines internationalen Gerichtshofs, die die Schweiz, Holland und Estland haben ausgearbeitet. Bundespräsident Motta erklärte schließlich, daß der Bundesrat bereit sei, einen Bericht zu verfassen, um im Parlament über die Wahl der Delegierten einen endgültigen Antrag zu stellen. Mit 63 gegen 44 Stimmen wurde beschlossen, nicht über die Interpellation zu verhandeln.

Der Friede von Riga.

Warschau, 7. Okt. Generalstabesbericht vom 6. Oktober: Gemäß der Bestimmung der Kommission des Völkerbundes, die nach Einverständnis, verbindende die oberste Seereschlichtung der Einklang der Kampfpflicht im Abschnitt von der preussischen Grenze bis Polze bis zum Donau. Riga, 7. Okt. Die gestrige russische Beschlusssitzung und Protokollunterzeichnung des russisch-polnischen Präliminarvertrages ist selbst für viele Mitglieder der beiden Delegationen überraschend gekommen. Es verläutet, daß die Demarkationslinie im Norden zwischen dem Baltikum und dem annehmenden an der früheren deutschen Front entlang über Baranowitsch, Minsk, Sarny, Wlomo an der galizischen Grenze entlang laufen soll. Die Verhandlungen sollen, wie es heißt, gleich nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes abgeschlossen und nach Warschau oder einem polnisch-russischen Lande verlagert werden. Das offizielle Bulletin ist noch nicht herausgegeben worden.

Kopenhagen, 7. Okt. Aus Riga wird gemeldet: Der Abschluß des Präliminarvertrages zwischen Russland und Polen bedeutet eine vollständige Kapitulation der Bolschewisten, namentlich in der sozialistischen Frage, in der die Sowjetregierung bisher an ihrem Standpunkt unerschütterlich festhielt. Der Text des Präliminarvertrages wird gleichzeitig mit seinem Inkrafttreten veröffentlicht werden in einer Vollversammlung der beiden Abgeordneten, die zugleich die Verhandlungen in Riga abschließen wird. Weitere Verhandlungen werden wahrscheinlich in London oder Paris stattfinden.

Genf, 6. Okt. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nahm zwei Anträge an: der erste bezieht sich auf die Festlegung der Tagesordnung für den internationalen Arbeitskongress, der zweite auf das Wahlverfahren für Vertreter der Arbeiter und Unternehmer in den Verwaltungsrat des Amtes. Eine längere Verhandlung entspann sich über den Antrag des Reichstages der deutschen Regierung, die Schriftstücke des Ar-

beitsamtes, die dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes siehe am Mittwoch die Beratung des Berichtes von Albert Thomas fort. Das Amt legte dem Ratismilgliedern den Entwurf vor, deren Leitung Professor Mithoud anvertraut war. Der Rat ging hierauf zur Förderung der vom Vergabeamt aufgestellten Forderung nach einem internationalen Verteilungsamt für Kohle, Erze und andere Rohstoffe über. Nach langer Beratung wurde einstimmig ein Antrag angenommen, wonach Albert Thomas ermächtigt wird, die Verhandlungen mit dem Völkerbund wegen der Bildung eines internationalen statistischen Amtes für Preise und Qualitäten, das der Finanz- und Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes angeschlossen werden, und dessen erste Abteilung sich mit der Statistik des Völkerbundes beschäftigen, den Vereinigten Staaten in dem Internationalen Arbeitsausschuß einen Sitz für einen Regierungsvertreter anzubieten.

Genf, 6. Okt. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nahm zwei Anträge an: der erste bezieht sich auf die Festlegung der Tagesordnung für den internationalen Arbeitskongress, der zweite auf das Wahlverfahren für Vertreter der Arbeiter und Unternehmer in den Verwaltungsrat des Amtes. Eine längere Verhandlung entspann sich über den Antrag des Reichstages der deutschen Regierung, die Schriftstücke des Ar-

Belastungsnot in Moskau. In einer Schilderung der Zustände in Moskau schreibt R. Witschelsky besonders über den Mangel an ausreichender Belästigung, der viele Schichten der Bevölkerung bedrückt. Am besten sind die Arbeiter

beisamts in deutscher Sprache zu veröffentlichen. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, der den Leiter des Amtes beauftragt, gemäß Artikel 306 des Friedensvertrages das Nörige zu veranlassen, damit die Zeitschrift und die Schriftstücke in die Sprachen übersezt werden, die zu ihrer angemessenen Verbreitung notwendig sind.

Der Völkerbund und die Schweiz.
Bern, 5. Okt. Im Nationalrat interpellierte Grim über die Wahl der Völkerbundesdelegierten. Bundespräsident Motta wies darauf hin, daß sein Vorgänger im politischen Departement die Auffassung vertreten habe, daß der Bundesrat, der die Delegierten zu instruieren hat, auch deren Wahl vorzunehmen habe. Der Bundesrat teile diesen Standpunkt. Auf der ersten Versammlung des Völkerbundes werde u. a. auch über die Zulassung weiterer Staaten gesprochen werden. Von Bulgarien liege bereits ein Gesuch vor, während sich weber Deutschland noch Österreich bisher angemeldet hätten. Die Stellungnahme der Schweiz in der Frage der Aufnahme dieser Staaten sei durch ihre ganze Neutralitätspolitik gegeben. Wer der Ansicht sei, daß Deutschland Eintritt in den Völkerbund als eines trotz seiner Niederlage großen Staates zur politischen Entspannung Europas beitragen werde, müsse wünschen, daß es nicht nur eine Vertretung in der Völkerbundesversammlung, sondern auch im Völkerbundrat erhalte. Eine weitere sehr wichtige Frage bilde die Errichtung eines internationalen Gerichtshofs, die die Schweiz, Holland und Estland haben ausgearbeitet. Bundespräsident Motta erklärte schließlich, daß der Bundesrat bereit sei, einen Bericht zu verfassen, um im Parlament über die Wahl der Delegierten einen endgültigen Antrag zu stellen. Mit 63 gegen 44 Stimmen wurde beschlossen, nicht über die Interpellation zu verhandeln.

Warschau, 7. Okt. Generalstabesbericht vom 6. Oktober: Gemäß der Bestimmung der Kommission des Völkerbundes, die nach Einverständnis, verbindende die oberste Seereschlichtung der Einklang der Kampfpflicht im Abschnitt von der preussischen Grenze bis Polze bis zum Donau. Riga, 7. Okt. Die gestrige russische Beschlusssitzung und Protokollunterzeichnung des russisch-polnischen Präliminarvertrages ist selbst für viele Mitglieder der beiden Delegationen überraschend gekommen. Es verläutet, daß die Demarkationslinie im Norden zwischen dem Baltikum und dem annehmenden an der früheren deutschen Front entlang über Baranowitsch, Minsk, Sarny, Wlomo an der galizischen Grenze entlang laufen soll. Die Verhandlungen sollen, wie es heißt, gleich nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes abgeschlossen und nach Warschau oder einem polnisch-russischen Lande verlagert werden. Das offizielle Bulletin ist noch nicht herausgegeben worden.

Kopenhagen, 7. Okt. Aus Riga wird gemeldet: Der Abschluß des Präliminarvertrages zwischen Russland und Polen bedeutet eine vollständige Kapitulation der Bolschewisten, namentlich in der sozialistischen Frage, in der die Sowjetregierung bisher an ihrem Standpunkt unerschütterlich festhielt. Der Text des Präliminarvertrages wird gleichzeitig mit seinem Inkrafttreten veröffentlicht werden in einer Vollversammlung der beiden Abgeordneten, die zugleich die Verhandlungen in Riga abschließen wird. Weitere Verhandlungen werden wahrscheinlich in London oder Paris stattfinden.

Genf, 6. Okt. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nahm zwei Anträge an: der erste bezieht sich auf die Festlegung der Tagesordnung für den internationalen Arbeitskongress, der zweite auf das Wahlverfahren für Vertreter der Arbeiter und Unternehmer in den Verwaltungsrat des Amtes. Eine längere Verhandlung entspann sich über den Antrag des Reichstages der deutschen Regierung, die Schriftstücke des Ar-

beitsamtes, die dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes siehe am Mittwoch die Beratung des Berichtes von Albert Thomas fort. Das Amt legte dem Ratismilgliedern den Entwurf vor, deren Leitung Professor Mithoud anvertraut war. Der Rat ging hierauf zur Förderung der vom Vergabeamt aufgestellten Forderung nach einem internationalen Verteilungsamt für Kohle, Erze und andere Rohstoffe über. Nach langer Beratung wurde einstimmig ein Antrag angenommen, wonach Albert Thomas ermächtigt wird, die Verhandlungen mit dem Völkerbund wegen der Bildung eines internationalen statistischen Amtes für Preise und Qualitäten, das der Finanz- und Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes angeschlossen werden, und dessen erste Abteilung sich mit der Statistik des Völkerbundes beschäftigen, den Vereinigten Staaten in dem Internationalen Arbeitsausschuß einen Sitz für einen Regierungsvertreter anzubieten.

Genf, 6. Okt. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nahm zwei Anträge an: der erste bezieht sich auf die Festlegung der Tagesordnung für den internationalen Arbeitskongress, der zweite auf das Wahlverfahren für Vertreter der Arbeiter und Unternehmer in den Verwaltungsrat des Amtes. Eine längere Verhandlung entspann sich über den Antrag des Reichstages der deutschen Regierung, die Schriftstücke des Ar-

Genf, 6. Okt. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nahm zwei Anträge an: der erste bezieht sich auf die Festlegung der Tagesordnung für den internationalen Arbeitskongress, der zweite auf das Wahlverfahren für Vertreter der Arbeiter und Unternehmer in den Verwaltungsrat des Amtes. Eine längere Verhandlung entspann sich über den Antrag des Reichstages der deutschen Regierung, die Schriftstücke des Ar-

haben. Nach standes sollen die tag eingest

Paris, 4. D ungarischen Ge lerlei Einzelhei Regierung über dieses Verträge ungarische Schneider-Grü eine Notwendig merlungen zu schen Wer w in Fällen, wo tische Bredes be reich allei diese auch für Stärke der ung 150 000 Mann erhöht werden. g arif ch e eine unter fr bracht. Die gu für die Inkerf zellen eignen, r mission inrech geben werden r Fabrike n Rohmaterial, l werden kann, für die u stellung di sche technise D u d a p e f t n häuser. Sanat ionsliste eingal versehen. D verleibt. Da einige Beante

Hier zeigt st o f f p o l i t i b u n d e s f e t r e i l a r t i c h e W e g e g u n g e n d e r d u r c h f r e u z e n, r h o p a s n i c h t a l l h i n a u s. Die R

Donn, 4. S tung verbreit reichere Seite a gebiet zugehöre Polen und a u f t a u c h e n, auslaufen, in Streiks heru Moskau sei un Nüden der So her d u e n t z u n b e s c h ä f t i g t e n t ö m m e n. Die G s t r i c k b r i e g e m e n, nicht aus in Frankreich d t r e i t e r d e s W e l t d e u t s c h e n K o m m u n i s t e n g l a u b e n, wie d i e m a n n d e s B o m b e n o r s c h w e r e n I m m u n i s t i s c h e n g l a u b t, nachd e n A n s c h l ü s s e n g e h a b e n.

Paris, 8. S d a ß d i e v o n d e m f r a n z ö s i s c h e n V o l k s t a g b i s g e f ü h r t h a b e, j a n z o s i s c h e n

Helsingfors j e n n y w e g e n R i e t a g e n d o c h m i t e i n e m

Auf Kranten Minderlich von gemessene Glück geben. Atisch

Offen! Im Sonnabend werde ich im Wenerwiesen streden, auf dem Grevencron: 4 Waggons: öffentlich meisteln. Reich.

und I zu Scherf Die Kinder beneu Frau M halber am Dienstag, d am Bürostelle lid an der St

1. Das Haus s e i t A l t e s n i a l d o r e n b a h n, E d e n g a r t e n, d e n G a r t e n 2. den G a r t e n 3. den G a r t e n 4. hieran anse und M i t t e l s t e n u n d f ü r d a s G a n z e a n s t a n d g e g e n s o l o t d a r z u a N e u b. C a n a l A t e l e o n 1

Büro Jakob G o b R a t u. A u s k u n E r b. T e s t a m e n S p r e c h s t u n d e n

